

AUS DEN VERBÄNDEN

Forderungen des DHV aufgenommen

Der Koalitionsvertrag von Union und SPD beinhaltet die Umsetzung von drei Hauptzielen des Deutschen Hebammenverbandes e.V. (DHV). Seit Jahren verweist der Verband auf die zunehmende Verschlechterung der Geburtshilfe in Deutschland und fordert die zügige Umsetzung der Akademisierung der Ausbildung. Nun sollen in der kommenden Legislaturperiode die flächendeckende Versorgung mit Hebammenhilfe sowie eine qualitativ hochwertige Geburtshilfe sichergestellt werden. Zudem soll die Berufsausbildung zur Hebamme entsprechend einer EU-Vorgabe akademisiert werden.

„Nach jahrelangem Ringen für eine bessere Geburtshilfe in Deutschland freuen wir uns sehr über die Aufnahme unserer Themen in den Koalitionsvertrag“, betonte hierzu Ulrike Geppert-Orthofer, Präsidentin des Deutschen Hebammenverbandes. „Mit der flächendeckenden Versorgung, einer hohen Qualität der Geburtshilfe und der Akademisierung des Berufsstandes sollen gleich drei unserer wichtigsten Ziele in der neuen Legislaturperiode umgesetzt werden. Das unterstreicht die gesamtgesellschaftliche Bedeutung von Hebammen.“ Der DHV hat in den letzten Monaten in intensiven Gesprächen mit den Parteien und auf bundesweiten Veranstaltungen immer wieder auf die prekäre Situation von Hebammen und Schwangeren hingewiesen.

www.hebammenverband.de

Impressum

Herausgeber: Deutscher Pflegerat (DPR) Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen

Inhalt: Christine Vogler (verantwortlich)
Alt-Moabit 91, 10559 Berlin
(„Haus der Gesundheitsberufe“)
Tel.: 030 398 77 303; Fax 030 398 77 304
www.deutscher-pflegerat.de

„PflegePositionen“ – Der offizielle Newsletter des DPR erscheint in Kooperation mit HEILBERUFE – Das Pflegemagazin.

Verlag: Springer Medizin Verlag GmbH
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin
Tel.: 030 827875500, Fax: 030 827875505

Director Professional Care: Falk H. Miekley

Chefredakteurin: Katja Kupfer-Geißler
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin
Tel.: 030 82787 5500, Fax: 030 82787 5505
www.springerpflege.de

Expertengruppe formuliert Manifest

„Mit Eliten pflegen“

Das „Sofortprogramm Pflege“ im Koalitionsvertrag von Union und SPD reicht nach Meinung einer von der Robert Bosch Stiftung GmbH einberufenen Expertengruppe nicht aus, um den Pflegenotstand abzuwenden. Im Manifest „Mit Eliten pflegen“ wird das deutlich ausgesprochen.

Um genügend Fachpersonal für die Pflege zu gewinnen, müsse der Beruf insgesamt attraktiver werden und bessere Karrierechancen bieten. Dies könne nur gelingen, wenn den professionell Pflegenden mehr und auch neue Verantwortungen übertragen werden, beispielsweise durch die geregelte Übernahme von ärztlichen Aufgaben der Primärversorgung im ländlichen Raum und mehr professionelle Autonomie bei allen Interventionen, die pflegerische Fachexpertise verlangen.

Bild der Pflege ändern

„Wir brauchen dringend attraktivere Karrierewege in der Pflege. Dazu müssen wir das gesellschaftliche Bild der professionell Pflegenden ändern, das im Moment häufig darin besteht, gebrechliche Menschen umzulagern und Essen zu reichen“, sagte Franz Wagner, Präsident des Deutschen Pflegerats e.V. (DPR) und Mitglied der 40-köpfigen Expertengruppe der Robert Bosch Stiftung, bei der Vorstellung des Manifests „Mit Eliten pflegen“ in Berlin.

Das Manifest zeige, wie die Pflege sich weiterentwickeln muss und welche Rahmenbedingungen dafür notwendig seien. In den vergangenen Jahrzehnten sei das Umfeld der medizinischen und pflegerischen Behandlung und Versorgung bei Pflegebedürftigkeit erheblich komplexer geworden. Hinzu komme, dass der Bedarf an pflegerischer Leistung in den kommenden Jahren rasant ansteigen werde. Die Versorgungsqualität hänge daher vor allem von der personellen Aufstellung in der professionellen Pflege und deren Qualifikation ab. „Deutschland benötigt nicht nur mehr Fachpersonal in der professionellen Pflege, sondern auch deutlich mehr akademisch

qualifizierte Pflegefachpersonen in der direkten Versorgung“, so Wagner weiter. Bereits 2012 habe der Wissenschaftsrat deshalb eine Akademisierungsquote für die Pflege von 10–20% empfohlen. Davon sei Deutschland aktuell weit entfernt.

Mehr Verantwortung für Pflegenden

Eine zentrale Forderung der Experten: Pflegefachpersonen soll die Verantwortung übertragen werden, die ihrer Qualifikation als Fachpersonal entspricht. Vor allem die professionell Pflegenden können einschätzen, was pflegebedürftige Menschen zur Bewältigung ihrer Situation benötigen. Sie müssen daher auch befugt sein, Versorgungsbedarfe festzusetzen und Maßnahmen der häuslichen Krankenpflege festzulegen.

Ein weiterer Vorschlag betrifft die Sicherung der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum. Dort könne eine Pflegefachperson hausärztliche Routineaufgaben übernehmen. Dies sei in vielen Ländern längst üblich.

Es sei an der Zeit, dass Deutschland auch in der Pflege zu internationalen Standards aufschließe. Gerade was die Akademisierung anbetreffe, liege man jedoch derzeit weit hinter vielen Ländern zurück.

www.bosch-stiftung.de